

## **SRL Arbeitskreis "Soziale Stadt / Präventive Stadtentwicklung"**

### **Treffen am 13.11.2004 in Kassel**

TeilnehmerInnen: Gabriele Steffen, Sabine Schaub, Claus Sperr, Eva Zeitler, Leonhard Valier, Ingegerd Schäuble, Christiane Schlonski

### **Kurzprotokoll**

#### **1. SRL POSITIONSPAPIER "SOZIALE STADT" / RÜCKMELDUNGEN UND REAKTIONEN**

Namentlich von einer bayerischen Bezirksregierung / Sachgebiet Städtebauförderung (Unterfranken) wurde telefonisch Kritik aufgrund einer Formulierung geäußert; die erbetene schriftlich formulierte Kritik ist nicht eingegangen. Das Thema wurde dann anscheinend noch bei einem regelmäßigen Treffen der bayerischen Bezirksregierungen behandelt; Ergebnisse sind nicht bekannt.

Die Grundtendenz der sonstigen Rückmeldungen zum o. a. Positionspapier ist positiv.

Es wird überlegt, eine länderübergreifende Veranstaltung zu initiieren; Thema: "Wie wird das Programm in den einzelnen Ländern angewandt, Strategische Bedeutung des Programms". Zielgruppe der Tagung: Vor allem die Entscheidungsträger auf Regierungsebene und auf Ebene der Kommunen. Um der Tagung entsprechendes Gewicht zu verleihen, sollte die Difu-Projektgruppe als Veranstalter auftreten.

#### **Zu Erledigen:**

Kontaktaufnahme: Fr. Steffen mit Fr. Becker vom Difu.

Ergebnis: Weitere (auch terminliche) Planung laut Rücksprache Fr. Becker am 16.04.05

#### **2. ZUKUNFT DES ARBEITSKREIS "SOZIALE STADT / PRÄVENTIVE STADTENTWICKLUNG"**

Die TeilnehmerInnen haben sich mehrheitlich darauf verständigt weiter zu arbeiten. Der AK soll offen für verschiedene TeilnehmerInnen sein. Der AK soll für seine Tätigkeit weiter und verstärkt werben; SRL-intern auf den Internetseiten und durch Ankündigungen in der PlanerIn. Für die aktuelle Ausgabe durch Fr. Steffen erledigt - Dank dafür!

Die Funktion des AK wird sowohl in einer Binnenorientierung als auch in einer Außerwirkung gesehen.

Der nächste Sitzungstermin ist der 16.04.05 wieder in Kassel. Als Thema wurde die Diskussion über die Qualitätsstandards (bei der Programmumsetzung) festgelegt; welche Qualitätskriterien ergeben sich durch das Integrierte Handlungskonzept?

Ein zweites mögliches Thema, die Kriterien der Gebietsauswahl, wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

#### **Zu Erledigen:**

Auch hier fragt Fr. Steffen Fr. Becker vom Difu wegen eines Inputs an.

Ergebnis: Input Fr. Becker bereits zugesagt.

#### **3. FRAGEBOGEN**

Der Rücklauf war gering. Die Interessenten haben einen sehr vielfältigen Hintergrund bzw. breit gestreute Arbeitsfelder. Demzufolge besteht Interesse an einem sehr breiten Themenspektrum. 2 - 3 Treffen pro Jahr in Kassel wurden begrüßt.

#### **4. VORTRAG FR. STEFFEN - DAS PROGRAMM "LOS - LOKALES KAPITAL FÜR SOZIALE ZWECKE"** gefördert durch die EU - Europäischer Sozialfonds Ziel 3 - und das BMFSFJ

Zusammenfassung:

Ziele: Aktivierung sozialer Potenziale vor Ort, um

- < die Integration von Migrant/inn/en zu verbessern,
- < die berufliche Eingliederung zu fördern,
- < Netzwerke für Benachteiligte auf dem Arbeitsmarkt aufzubauen und
- < Existenzgründungen und den Aufbau sozialer Betriebe zu unterstützen.

Stärken und Wirkungen des Programms

- < endlich Mittel für nicht-investive (auch kleinere und bürgergetragene) Projekte
- < viele vorhandene Ideen jetzt realisierbar
- < neue Projektideen und Projekte entstanden
- < fördert trägerübergreifende Zusammenarbeit
- < Verantwortung des Begleitausschusses /der "Zielgruppen"
- < Gender Mainstreaming verankert
- < Projekte größtenteils erfolgreich

Konkretes Beispiel aus einem Soziale-Stadt-Gebiet (Ludwigsburg-Eglosheim) mit 18 guten Projekten im 1. Förderjahr

Probleme des Programms

- < Verfahren / Abwicklung für Träger sehr kompliziert, bürokratisch, zeitaufwändig (z.B. Stammblattverfahren, detaillierter Nachweis Nebenkosten)
- < Erstattungsprinzip: Vorleistung für kleine Träger / Initiativen sehr schwierig
- < keine Verpflegungskosten (z.B. Getränke)
- < Informationen/Vorgaben sehr umfangreich
- < Kinder und Alte gehören nicht zu den Zielgruppen
- < Verlängerung der Projekte nicht oder nur in Ausnahmen
- < großer Overheadanteil: bis 20% Sachkosten + Personalkosten der Koordinierungsstelle + Kosten Regiestelle
- < Förderlogik generell: immer wieder Neues – Probleme der laufenden Arbeit und gut eingeführter Projekte

Im Zusammenhang mit LOS bestand Einigkeit, dass verschiedene Aspekte zumindest als problematisch einzustufen sind: Organisatorischer Aufwand bei der Antragstellung, kurzfristige Konzepte bzw. fehlende Kontinuität, Befürchtung, dass LOS dauerhaft erforderliche Arbeit ersetzen soll. Es wird erwogen, eine entsprechende Stellungnahme zu verfassen und bei der LOS-Regiestelle in Berlin vorzulegen. Dafür werden alle Teilnehmer/innen und sonstige Mitglieder des AK gebeten, die oben aufgeführten Stichworte zu ergänzen.

#### **5. VORTRAG FR. SCHÄUBLE - SOZIALE STADT IN KLEINEREN UND MITTLEREN KOMMUNEN**

Schäuble Institut für Sozialforschung · Ickstattstraße 5 · 80469 München

Zusammenfassung:

Das Neue an der Philosophie des „Soziale Stadt“-Programms, nämlich die Bemühungen, den komplexen Aufgabenstellungen mit städtebaulichen, wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und sozialen Fragestellungen auch angesichts der ressortorientierten Arbeits- und Organisationsformen in den konventionellen Verwaltungsstrukturen von Klein- und Mittelstädten zu entsprechen, ist nicht ohne weiteres umsetzbar.

Die größte Herausforderung und Chance, damit aber auch gleichzeitig die größte Hemmschwelle für die Kommunen stellen die zu flexibilisierenden Organisations-, Kooperations- und Managementformen in den Verwaltungen dar. Die zweitgrößte Herausforderung, Chance und Hemmschwelle in einem, stellt das meist lückenhafte Verständnis von oder eine beschränkte Bereitschaft zu einem ernsthaften dialogischen Umgang mit Stadtaktiven und Bürgerschaft dar. Das Bewusstsein darüber, dass ressortübergreifende Organisationsstrukturen und die respektvolle

Einbeziehung von Bürgerschaft und Stadtaktiven die Qualität steigern, kann in diesen Stadttypen zukünftig noch deutlich ausgebaut werden.

Um die Umsetzung des integrativen Programmansatzes auch in Klein- und Mittelstädten zu unterstützen sind nach den bisherigen Erkenntnissen in folgenden Bereichen Impulse denkbar:

- Um die gewohnten Verwaltungsroutinen in ressortübergreifende Arbeitsweisen überführen und Integrierte Handlungskonzepte erstellen zu können, benötigen insbesondere die Klein- und Mittelstädte eine Unterstützungs- bzw. Programmbegleitung vor Ort und eine externe Projektsteuerung, damit entsprechende Organisations-, Kooperations-, Entscheidungs- und Lenkungsstrukturen situationsspezifisch entwickelt werden können.
- Ein professionelles Schnittstellen-Management zwischen Verwaltung, Stadtpolitik und Quartiersmanagement, aktiven Wohnungsunternehmen, VertreterInnen der Wirtschaft und Betroffenen ist angesichts der oben geschilderten Schwierigkeiten gerade in Klein- und Mittelstädten hilfreich. Diese Prozesse vor Ort bedürfen wenigstens anfangs der kompetenten Unterstützung und fachlichen Beratung, die am besten multiprofessionell im interdisziplinären Team (Soziales, Planung und Kommunikation) zu erbringen sind. Diese Qualifikationserweiterung gewährleistet die verlässliche Übersetzung zwischen verschiedenen Welten und ist in der Lage, eine für alle angemessene Dialogkultur kooperativ herauszuarbeiten.
- In Klein- und Mittelstädten liegt teilweise noch wenig Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsprozessen, die nicht nur ein punktuelles Anliegen, sondern ein langfristiges kommunales Konzept sein sollten, vor. Daher schließt eine differenzierte und sorgsame Ausgestaltung der dialogischen Prozesse auch die Arbeit an gemeinsamen Grundprinzipien zur Diskursiven Bürgerbeteiligung in der Kommune mit ein. Zielpersonen von Beteiligungen sind neben den BürgerInnen auch Stadtaktive unterschiedlichster Kompetenz. Der vorbereitende Arbeitsaufwand für Beteiligungen sollte als Kostenfaktor in den Handlungskonzepten der Kommunen verankert werden.
- Ein fachlich kompetentes Quartiersmanagement in Klein- und Mittelstädten braucht klare Leistungsprofile und Kompetenzen, die aus den Ergebnissen qualitativer Sozialraumanalysen und aus den Aufgaben des Integrierten Handlungskonzepts individuell abgeleitet werden sollten. Beteiligungsformen und Aktivierungsmaßnahmen gelingen am besten, wenn sie quartiersspezifisch mit der Programmbegleitung vor Ort entwickelt werden.
- Die Bewilligungsbehörden werden von Klein- und Mittelstädten verstärkt in die Rolle einer „ermöglichenden Verwaltung“ gedrängt, d.h. sie übernehmen im Idealfall Beratungs-, Unterstützungs- und Vermittlungsfunktionen. Da in Klein- und Mittelstädten qualitativ und quantitativ eine enge Personalsituation vorherrscht, ist externer Sachverstand in der Regel unverzichtbar. Hier können z.B. übergeordnete Behörden auf Qualitätsstandards für Voruntersuchungen und Integrierte Handlungskonzepte achten. Darüber hinaus unterstützen und bereichern übergeordnete Behörden (Landes- und Bezirksregierungen) die neue Dialogkultur, wenn sie z.B. einen systematischen und kontinuierlichen Gedankenaustausch in regionalen Netzwerken sowie durch Fortbildungs- und Beratungsveranstaltungen anbieten.

Die Programmumsetzung in einem Quartier soll nach der Programmphilosophie nicht als isoliertes Lernfeld in der Kommune behandelt werden, sondern mit der Rückendeckung und Unterstützung von Stadtspitze und Stadtpolitik auf die Gesprächskultur in der Kommune insgesamt positiv einwirken. Meinungsbilder und Aktivitäten werden in Klein- und Mittelstädten in der Regel von Presse und interessierter Öffentlichkeit kritisch begleitet und offen kommuniziert, sodass Stigmatisierungen des Quartiers schneller abgebaut werden könnten. Klein- und Mittelstädte mit ihren vielfach nachhaltigen Stadtstrukturen wie kurzen Wegen, Nutzungsmischung, Überschaubarkeit und noch weitgehend funktionierenden sozialen Netzwerken, weisen häufig Qualitäten und Potenziale auf, die den Zielen des Programms „Soziale Stadt“ theoretisch optimal entgegenkommen. Durch die räumliche und soziale Nähe der Menschen, durch das gegenseitige Kennen und die persönliche Begegnung in Wohnumgebung, Nachbarschaft und Verein wird sozialer Bedarf individuell eher wahrgenommen, sich entwickelnde Missstände im Quartier werden eher bemerkt. Die öffentliche Diskussion über Ereignisse und Neuigkeiten und das öffentliche Bewusstsein lassen sich einfacher anregen als in den unüberschaubaren Strukturen einer Großstadt. Der Zugang der

Bürgerschaft zu Stadtverwaltung, -politik und bekannten Stadtaktiven ist durch das dichte Netz der Beziehungen und Verbindungen unmittelbar, sodass Impulse und Anregungen direkt ankommen können.

Doch manchmal können diese typischen Potenziale und Ressourcen, die sich so gut einsetzen ließen, nicht zur Wirkung kommen, weil z.B. Kenntnis und Bewusstsein über die Vorteile der Instrumente im Soziale Stadt Programm nicht herausgearbeitet sind, weil die Potenziale durch ein eher traditionell-konservatives Denken und Handeln „gebunden“ werden, weil informelle Kontakte und „Beziehungen“ dem freien Fluss von Ideen und Kapazitäten die Transparenz verwischen, weil ein historisch gewachsenes Denken in Hierarchien, Angst vor Veränderungen und traditionelle Rollenbilder die Vorteile von Nähe und Verbindlichkeit (fast) ins Gegenteil verkehren. Es gibt aber besondere Ansatzpunkte, wie größere Überschaubarkeit, höhere Verbindlichkeit, engere nachbarschaftliche Netze und weniger Anonymität, die für die Grundbotschaften des Soziale Stadt Programms genutzt werden können.

Das „Soziale Stadt“ - Programm eröffnet durch seinen integrierten Gesamtansatz gerade Klein- und Mittelstädten die Chance, durch die bürgerschaftliche Beteiligung und den konstruktiven Dialog zwischen verschiedenen (fachlichen und hierarchischen) Ebenen und Gruppierungen verkrustete Strukturen zu öffnen und auch die eher subjektiven Faktoren, neben den investiven Kriterien, einzusetzen. Unterstützende Impulse von außen, Bezirks- und Landesebene, Fachleute für Planungskommunikation und integriertes Arbeiten) können diese Vorteile von Klein- und Mittelstädten noch besser zur Umsetzung bringen. Dabei geht es um die Vermittlung bestimmter Botschaften wie:

- Soziale Stadt kein Makel, sondern ein innovativer Ansatz der Stadtgestaltung
- Externe Fachleute vervollständigen das örtliche Kompetenzteam
- Nicht-investive Maßnahmen = gut angelegtes Geld, erhöhen die Lebensqualität
- Integriertes Handlungskonzept, Quartiersmanagement, Projektmanagement, Prozess-Evaluation sind
- hilfreiche Instrumente für Planungs-Arbeit
- Ressortübergreifendes Arbeiten bündelt Kräfte und Gelder zum Vorteil aller
- Einbeziehung der Stadtpolitik schafft Verbindlichkeiten
- Bürgerbeteiligungen sind Soziales Kapital

Zum Abschluss des Vortrages verblieb nur noch Zeit für einen Diskussionspunkt: Sind die dargestellten Unterschiede in den Herangehensweisen nicht der Größe einer Stadt, sondern vielmehr der "Qualität" einer Verwaltung geschuldet?

**BITTE DEN NÄCHSTEN TERMIN, VORMERKEN: 16. April 2005 in KASSEL**

Für das Protokoll:

Leonhard Valier, Stadtplaner SRL